

Fragenkatalog VDK, Meri Uhlig Wahlkreis Karlsruhe Ost

Pflege

1. Stationäre Pflege darf nicht zur Armutsfalle werden

Wie hoch ist der Eigenanteil in den Pflegeheimen bei Ihnen im Wahlkreis?

Grundsätzlich gilt in Baden-Württemberg der höchste Eigenanteil bei der Finanzierung eines Pflegeheimplatzes, nirgends in Deutschland müssen Menschen mehr zuzahlen. Auch Karlsruhe ist keine Ausnahme. In Karlsruhe beträgt der durchschnittliche Eigenanteil in Pflegeheimen nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft im November 2025 rund 3.400 €.

Selbst mit dem maximalen Zuschuss der Pflegekasse ergibt das noch eine monatliche Belastung von rund 2 000 €.

Es kann nicht sein, dass Pflegebedürftige und ihre Angehörigen einer solchen finanziellen Belastung ausgesetzt werden – gute Pflege ist ein Recht, und kein Privileg besonders reicher Menschen. Deswegen ist der Staat hier in der Pflicht und darf die Menschen nicht alleine lassen mit einem solch existentiellen Lebensthema.

Wir als SPD fordern, dass das Land hier wieder mehr Verantwortung übernimmt. Indem wir mit Förderprogrammen und der Übernahme der Investitionskosten die Pflegeeinrichtungen unterstützen, stärken wir nicht nur diese Einrichtungen, sondern entlasten auch die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen finanziell in einer Lebensphase, die oft ohnehin schon besonders stark belastet.

Weiterhin liegen in Regionen mit hohen Wohnkosten die Kosten für die Pflege deutlich höher als anderswo. Auch hier müssen wir – z.B. durch die massiv verstärkte Förderung des (sozialen) Wohnungsbaus – dringend Abhilfe schaffen.

2. Pflege zu Hause muss wertgeschätzt und unterstützt werden

Wie viele Menschen pflegen in Ihrem Wahlkreis Ihre Angehörigen zuhause?

Nach dem Pflege-Monitoring-Bericht 2024 der Stadt Karlsruhe werden aktuell rund 11 000 Menschen vorwiegend daheim versorgt. Darunter fallen natürlich auch Menschen, bei denen die Pflege teilweise oder ganz vom ambulanten Dienst übernommen wird, sodass die Gesamtzahl der von Angehörigen Zuhause versorgten Personen wohl bei ca. 8 000 bis 9 000 liegen dürfte.

Die Versorgung Zuhause ist ein wichtiger Baustein in der Pflegeinfrastruktur. Sie ermöglicht den betroffenen Menschen ein würdiges Dasein in ihrer vertrauten Umgebung und verhindert, dass sie aus ihrem Umfeld gerissen werden. Außerdem entlastet diese Form der Pflege natürlich auch die stationären Pflegeangebote.

Gleichzeitig ist die Pflege Zuhause aber oft mit großen Umstellungen oder gar Opfern für Angehörige verbunden.

Wir wollen deshalb ein Gehalt für pflegende Angehörige einführen. Das machen wir sozialversicherungspflichtig, sodass sich der Einsatz für die Mitmenschen später nicht negativ auf die eigene Rente oder Versorgung auswirkt. Damit stellen wir sicher, dass pflegebedürftige Menschen Zuhause ihre Liebsten um sich haben können, und entlasten alle Beteiligten deutlich.

3. Die Pflegeinfrastruktur muss ausgebaut werden

Wie lang sind die Wartelisten für Einrichtungen der vollstationären Pflege und der Teilzeitpflege bei Ihnen im Wahlkreis?

Aktuelle Zahlen dazu liegen leider nicht vor.

Grundsätzlich gilt: Gute Pflegeinfrastruktur braucht insbesondere auch gut ausgebildetes Personal, denn ohne genug Fachkräfte hilft auch keine andere Finanzierung. Auch hier ist Baden-Württemberg Schlusslicht in Deutschland, wir haben den höchsten Fachkräftemangel. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Ausbildungsträger finanziell gut aufgestellt sind, z.B. indem die Anerkennung der Ausbildung durch die Kostenträger sichergestellt wird. Die Ausbildung in Therapieberufen sollte wie in anderen Bundesländern nicht kostenpflichtig sein.

Gesundheit

4. Flächendeckende, qualitative und eine für alle Menschen zugängliche medizinische Versorgung muss gewährleistet werden.

Sind die Menschen in Ihrem Wahlkreis gut mit Hausärztinnen und Hausärzten versorgt? Oder besteht eine Unterversorgung?

Die hausärztliche Versorgung in Karlsruhe lag Anfang 2024 bei etwa 87% der in der Bedarfsplanung vorgesehenen Quote. Wir liegen damit noch etwas über dem baden-württembergischen Mittel, sind aber bereits in einem Bereich, wo Handlungsbedarf besteht – insbesondere, weil eine große Zahl der Hausärzte kurz vor der Rente stehen und sich das Problem in den nächsten Jahren deutlich verschärfen wird.

Dazu kommt bei uns, dass die Verteilung der Arztpraxen in Karlsruhe sehr unregelmäßig ist – in der Innenstadt z.B. sind verhältnismäßig viele Ärzte ansässig, während in den Außenbezirken teilweise eine deutliche Unterversorgung herrscht. Das ist insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen ein klares Problem.

Auch die Bedarfsplanung selbst ist ein Problem, weil sie z.B. die örtliche Demographie außer Acht lässt – das wollen wir ändern und eine realistische Planung fördern.

Wir sichern die flächendeckende ambulante und psychiatrische Versorgung, indem wir Kassenarztsitze besetzen, Notfallpraxen erhalten und gemeindepsychiatrische Strukturen stärken. Wir fördern Ärzt:innen und Weiterbildungsstellen, indem wir eine Stiftung zur Unterstützung der ambulanten Versorgung gründen und geförderte Weiterbildungsstellen ausbauen. Um dem Ärztemangel in Baden-Württemberg zu begegnen, müssen wir bereits beim Studium anfangen. Wir als SPD wollen die zur Verfügung stehenden Studienplätze deutlich erhöhen und die Studienbedingungen und die Vergütung im Praxisjahr deutlich verbessern. Wir möchten gezielt Fach- und Assistenzkräfte gewinnen sowie ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkennen.

Außerdem müssen die bestehenden Praxen entlastet werden – z.B. durch den Ausbau der telemedizinischen Angebote, sinnvolle Digitalisierung im Gesundheitssystem und mit der Schaffung von alternativen Angeboten für Leistungen, die nicht zwingend von Arztpraxen angeboten werden müssen.

5. Barrierefreier Zugang zu Praxen muss ermöglicht werden

Wie viele Arzt- und Zahnarztpraxen sind in ihrem Wahlkreis nicht barrierefrei?

Nach Informationen der Stiftung Gesundheit waren in Karlsruhe Mitte 2023 etwa 53% der Praxen ganz oder teilweise barrierefrei. Das Problem dürfte auch in Bereichen mit vielen Altbauten, z.B. in der Karlsruhe Weststadt, größer sein als anderswo. Bei den allermeisten Arztpraxen wird hier das Problem eher beim Gebäude als am fehlenden Willen liegen. Eine schnelle Abhilfe ist dementsprechend leider nicht zu erwarten. Wir können aber das Problem nach und nach entschärfen, indem wir den Menschen z.B. durch die Stärkung

des öffentlichen Nahverkehrs und mehr Arztpraxen ermöglichen, zu einer für sie passenden Arztpraxis zu kommen.

Auch wollen wir ein neues Angebot schaffen, die GemeindeschwesterPLUS. Speziell qualifizierte Pflegefachkräfte besuchen Senior:innen zu Hause, beraten zu Gesundheit, Alltag und Hilfsangeboten und helfen dabei, Selbstständigkeit möglichst lange zu erhalten. So werden Einsamkeit verhindert, Angehörige entlastet und Pflegebedürftigkeit hinausgezögert.

Rente und Altersarmut

6. Rente darf nicht zur Armutsfalle werden

Wie viele Personen in ihrem Wahlkreis beziehen Grundsicherung im Alter?

Wie viele davon sind Frauen und wie viele Männer?

Stand Anfang 2024 bezogen in Karlsruhe insgesamt ca. 5000 Menschen Grundsicherung im Alter. Davon etwa 2400 männliche und 2600 weibliche Personen. Im Wahlkreis Karlsruhe-Ost sind davon etwa 2700 Personen ansässig.

Von Armut bedroht sind grundsätzlich Menschen, die lange prekär gearbeitet haben, früh erkrankt sind oder als Frau mit Kindern in der „Teilzeit-Falle“ gelandet sind. Insofern sind an all diesen Stellen sozialpolitische Maßnahmen nötig. Die SPD hat zu all diesen Lebensbereichen Konzepte und agiert ganzheitlich.

7. Wohnraum muss bezahlbar sein

Wie viele Sozialwohnungen gibt es bei Ihnen im Wahlkreis je Einwohner?

Anfang 2024 gab es in Karlsruhe etwa 3900 Sozialmietwohnungen. Bei etwa 305 Tsd. Einwohnern ergibt das gerade einmal etwa 0,013 Sozialwohnungen pro Einwohner. Das ist viel zu wenig. Das ist gerade für die ca. 25 Tsd. Menschen, die in Karlsruhe von Grundsicherungsleistungen leben ein besonders großes Problem.

Indem wir als SPD den sozialen Wohnungsbau fördern, muss es uns gelingen, hier eine deutliche Verbesserung zu erreichen. Wohnen ist ein Menschenrecht und darf kein Luxus sein.

Wie setzen Sie sich für höhere Fördergelder für sozialen Wohnraum ein?

Auf Landesebene strebt die SPD mit dem Konzept einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft „BWohnen“ an, die Landesmittel, die in den sozialen Wohnungsbau fließen, massiv zu erhöhen und in einer Hand zu bündeln, um ein sinnvolles Wirtschaften zu ermöglichen. Weiterhin wollen wir auch den Kommunen mehr Spielraum und eine ganze Reihe weiterer Handlungsoptionen geben, z.B. Vorkaufsrechte, Baugebote

oder Umwandlungsstopps. Ein landesweites Konzept kann bereits existierende Strukturen und erfolgreiche Projekte im sozialen Wohnungsbau berücksichtigen und mit einbinden anstatt daran vorbei zu arbeiten.

Gesellschaftliche Zusammenarbeit

8. Einsamkeit ernstnehmen und ihr entgegenwirken

Welche Projekt gegen Einsamkeit gibt es bei Ihnen im Kreis?

In Karlsruhe gibt es zunehmend Angebote gegen Einsamkeit, abgesehen von den klassischen Quartiersprojekten der Wohlfahrtsverbände. Seit 2018 setzt die Stadt das Konzept

der Sozialen Quartiersentwicklung um. Auch hier gewinnt das Thema Einsamkeit an Bedeutung.

Ich fordere, dass dieses Thema mehr von Landesseite wahrgenommen und unterstützt wird. Dabei sollten junge wie ältere Menschen in den Fokus kommen sowie die psychischen Erkrankungen wie Depression oder Suchterkrankungen mitgedacht werden. Auch sollten die Fördermöglichkeiten angepasst werden, damit gute Angebote, wie das Angebot der Karlsruher Kulturküche gefördert werden können.

Wird die Ehrenamtskarte bei Ihnen im Wahlkreis schon umgesetzt?

Ja, die Stadt Karlsruhe bietet ab Mitte Januar 2026 die Ehrenamtskarte.

9. Erstarkendem Populismus und Demokratiefeindlichkeit entgegenzutreten/Zusammenhalt statt Spaltung.

Nehmen Sie in unserer Gesellschaft und auch bei Ihnen vor Ort verstärkt Hetze, Falschinformationen und ein Ausspielen verschiedener Personengruppen gegeneinander wahr? Und wenn ja, wie?

Insbesondere in der digitalen Welt gibt es starke Spaltungstendenzen. Diesen muss strategisch begegnet werden, weil insbesondere junge Menschen in der digitalen Welt leben. Zudem wird das Thema Migration missbraucht, um Spaltung voran zu treiben. Junge Menschen haben zunehmend rechtsradikale Ansichten, denen schwer zu begegnen ist, weil die klassische Jugendarbeit nicht mehr in den Jugendeinrichtungen funktioniert. (Junge Menschen sind nicht mehr auf Jugendhäuser festgelegt wie früher). Grundsätzlich halte ich das „neoliberale“ Weltbild für problematisch, in dem die Menschen, denen es nicht gut geht, als „selbst schuld“ gelten. Hier entsteht eine Entsolidarisierung. Zusammenhalt zu fördern ist mir ein persönliches Anliegen. Dabei dürfen wir nicht stehen bleiben in Schuldzuweisungen, das vertieft die Spaltung.

10. Schrittweise Einführung einer einheitlichen, solidarischen Pflege-, Kranken- und Rentenversicherung

Würden Sie selbst in die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung wechseln, wenn das möglich wäre?

Ich bin gesetzlich versichert. Als SPD fordern wir bereits seit vielen Jahren eine einheitliche gesetzliche „Bürgerversicherung“.